Anlage 3

Schwabehaus e.V.
Johannisstraße 18
06844 Dessau-Roßlau

Dessau-Roßlau, 01.09.2009 VI-60

Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Stadtumbaus-Ost zur Aufwertung von Stadtteilen/ Stadtquartieren und zum Abriss/ Rückbau dauerhaft leerstehender Wohnungen in nach Stadtentwicklungskonzepten umzustrukturierenden Stadtteilen/ Stadtquartieren mit vorrangiger Priorität in Sachsen-Anhalt

Programmjahr 2009

1. Teilbewilligungsbescheid

2009-IN-28-A

Bitte in allen
Schreiben angeben

Antrag vom 25. August 2008 auf Förderung der Maßnahme zur Aufwertung von Stadtteilen / Stadtquartieren in nach Stadtentwicklungskonzepten umzustrukturierenden Stadtteilen / Stadtquartieren mit vorrangiger Priorität

Fördergebiet: Innenstadt

Für die Maßnahme

**„IBA-Projekt“
Sicherungsmaßnahme
Johannisstraße 17**

- I. **Wir bewilligen Ihnen auf der Grundlage des Bewilligungsbescheides vom 06.07.2009 des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt zur Förderung der Gesamtmaßnahme Dessau-Roßlau „Innenstadt“ sowie gemäß den zugrunde liegenden Richtlinien (vgl. Abschnitt II.) im Wege der Anteilsfinanzierung in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen zu den zuwendungsfähigen Ausgaben im Wege der Projektförderung aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Sachsen-Anhalt.**

Der Zuschuss in Höhe von bis zu

€ 145.050,00

wird als Vorfinanzierung aus Haushaltsmitteln der Stadt Dessau-Roßlau als Jahresscheinbe 2009 finanziert.

- II. Diese Bewilligung erfolgt unter der Bedingung, dass der Träger der Einzelmaßnahme die ggf. erforderlichen Drittmittel zur Sicherung der Gesamtfinanzierung aufbringt.

Die bewilligten Fördermittel können nach Maßgabe der zur Bewirtschaftung übertragenen Beträge in den Haushaltsjahren in folgendem Umfang in Anspruch genommen werden:

Haushaltsjahr 2009	145.050,00 €	davon	0,00 € Bundesmittel
			0,00 € Landesmittel
			145.050,00 € Eigenmittel
			0,00 € Drittmittel
Haushaltsjahr 2010	145.050,00 €	davon	72.525,00 € Bundesmittel
			72.525,00 € Landesmittel
	Zzgl.		0,00 € Eigenmittel
			0,00 € Drittmittel

Die Fördermittel der Jahresscheibe 2010 dienen der Refinanzierung der im Haushaltsjahr 2009 durch die Stadt Dessau-Roßlau vorfinanzierten Mittel.

Die Fördermittel werden unter der Voraussetzung bewilligt, dass der Fördermittelpfänger für eine ordnungsgemäße und wirtschaftliche Durchführung der im Maßnahmen-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan (MKFZ-Plan) enthaltenen Vorhaben die erforderliche Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit besitzt.

Die Fördermittel dürfen nur zur Finanzierung solcher Kosten der oben bezeichneten Einzelmaßnahme verwendet und ausgezahlt werden, die als Bestandteil der Gesamtmaßnahme im Rahmen des vorgelegten Maßnahmen-, Kosten-, Finanzierungs-, und Zeitplanes (MKFZ-Plan) ausgewiesen sind. Änderungen sind nur auf Antrag nach Bestätigung durch das Land Sachsen-Anhalt - Landesverwaltungsamt (LVwA) möglich.

Änderungen der Zweckbestimmung sind rechtzeitig anzuzeigen, da sie nur vor Beginn der Maßnahme berücksichtigt werden können.

Die Zuwendung wird als Anteilsfinanzierung in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen zu den zuwendungsfähigen Ausgaben im Wege der Projektförderung für die o.g. Maßnahme gewährt.

Die bewilligten Fördermittel sind zweckgebunden für die unter Nr. I dieses Bewilligungsbescheides genannte Maßnahme und zur Finanzierung solcher Ausgaben bestimmt, die durch aufwertungsbedingte Einnahmen im Sinne von Ziffer 4.5 „Stadtumbau- Ost Stadtteil/Stadtquartier – Aufwertungs- und Abriss/Rückbaurichtlinie“ und anderer Mittel aus öffentlichen Haushalten (Förderprogrammen) im Sinne von Ziffer 5.1 Stadtumbau-Ost Stadtteil/Stadtquartier – Aufwertungs- und Abriss/Rückbaurichtlinien nicht finanziert werden können.

Beim Einsatz der Fördermittel für Denkmale ist die Abstimmung / Genehmigung der geplanten Einzelmaßnahme mit der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde nachzuweisen.

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und der Rückforderung der gewährten Fördermittel gelten die VV bzw. VV-Gk zu § 44 LHO LSA, soweit in der „Stadtumbau Ost Stadtteil / Stadtquartier- Aufwertungs- und Abriss- / Rückbaurichtlinien“ nichts anderes bestimmt ist.

Dem Bauverwaltungsamt Dessau-Roßlau sind im Hinblick auf die Verwendung der Mittel jährliche Zwischenverwendungsnachweise jeweils bis zum 30.01. für das vorangegangene Haushaltsjahr vorzulegen.

Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Verwendungszweckes verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, so können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung gemäß § 49a Abs. 3 und 4 VwVfG Zinsen in Höhe von drei Prozent über dem jeweiligen Basiszinssatz im Sinne des § 247 BGB jährlich verlangt werden.

Die Bewilligung erfolgt unter der Auflage, dass bei der Vergabe von Aufträgen die Bestimmungen der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) bzw. der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) bzw. der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) sowie die europäischen Vergabevorschriften, soweit zutreffend, in den jeweils geltenden Fassungen anzuwenden sind. Für die Projekte, die bis zum 31.12.2010 begonnen werden, gelten ergänzend die im Erlass des MW vom 20.01.2009 genannten Regelungen.

Bei Zuwendungen für Baumaßnahmen ist der Landesbetrieb Bau als fachlich zuständige technische staatliche Verwaltung zu beteiligen, wenn die für eine private Baumaßnahme vorgesehene Zuwendung von Bund und Land zusammen 1,0 Mio EUR bzw. für öffentliche Ordnungs- und Baumaßnahmen 1,5 Mio EUR übersteigen. Für die Projekte, die in der Zeit vom 27.01.2009 bis zum 31.12.2010 begonnen werden, gelten die in Anlage 1, Abschnitt III, zum Erlass des MF vom 24.04.2009 (RdErl. MF 24.04.2009-21-04031/KII) genannten Wertgrenzen.

Einzelmaßnahmen, bei denen die Beteiligung des Landesbetriebes Bau erforderlich ist, sind rechtzeitig vor Beginn der Ausschreibung anzuzeigen.

Der Landesrechnungshof ist gemäß § 91 LHO berechtigt, die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel beim Zuwendungsempfänger in dessen Räumen zu prüfen. Dieses Prüfungsrecht besteht auch beim Letztempfänger, soweit Städtebaufördermittel an Dritte weitergereicht werden.

Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (AN-Best-P, Anlage 2 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 LHO) sind Bestandteil dieser Bewilligung.

Aus dieser Bewilligung können keine weiteren Verpflichtungen der Stadt Dessau-Roßlau hergeleitet werden.

Aus dieser Bewilligung kann nicht geschlossen werden, dass auch in künftigen Haushaltsjahren mit einer Förderung im bisherigen Umfang gerechnet werden kann.

Auf Bauschildern ist auf die Förderung durch die Bundesrepublik Deutschland und das Land Sachsen-Anhalt hinzuweisen.

III. Rechtliche Grundlagen

Rechtliche Grundlagen für die Förderung und Bestandteile dieses Bewilligungsbescheides sind

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S.2141, ber. 1998 I S. 137) in der geltenden Fassung
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42) in der geltenden Fassung
- Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LHO) vom 30. April 1991 (GVBl. LSA S. 34), zuletzt durch das Gesetz vom 21. Dezember 1998 (GVBl. LSA S. 499) und die hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften nebst Anlagen. RdErl. des MF vom 01. Februar 2001 (MBI. LSA S. 239), in der geltenden Fassung
- §§ 48, 49 und 49a der Neufassung des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) vom 7. Januar 1999 (GVBl. LSA S. 2) in derzeit gültigen Fassung
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Stadtumbaus-Ost zur Aufwertung von Stadtteilen/ Stadtquartieren und zum Abriss/ Rückbau dauerhaft leerstehender Wohnungen in nach Stadtentwicklungskonzepten umzustrukturierenden Stadtteilen/Stadtquartieren mit vorrangiger Priorität

IV. Rücknahme/Widerruf

Für die Rücknahme und den Widerruf dieses Bewilligungsbescheides gelten die Vorschriften des VwVfG (§§ 48, 49 und 49a) und des Haushaltsrechts. Der Bewilligungsbescheid kann insbesondere dann ganz oder teilweise mit Wirkung für die Vergangenheit oder Zukunft zurückgenommen bzw. widerrufen werden wenn,

- a. Sie oder Ihr(e) Rechtsnachfolger gegen die Bestimmungen dieses Bescheides (vgl. insbesondere Abschnitt I.) oder gegen die Bestimmungen der zugrundeliegenden Richtlinie (vgl. Abschnitt II.) verstoßen,
- b. Sie unrichtige Angaben gemacht oder Tatsachen verschwiegen haben, die für die Beurteilung der Förderungswürdigkeit der Baumaßnahme von Bedeutung sind,
- c. sich aus der Schlussrechnung der Maßnahme geringere zuwendungsfähige Kosten ergeben, als dieser Bewilligung zugrunde gelegt wurden,
- d. Tatsachen eintreten oder bekannt werden, aus denen sich ergibt, dass Sie oder Ihr(e) Rechtsnachfolger nicht mehr leistungsfähig, zuverlässig, kreditwürdig oder zur Erfüllung Ihrer/seiner Verpflichtungen in der Lage sind.

Wir sind berechtigt, bereits ausgezahlte Zuschussbeträge für den Zeitraum zurückzufordern, für den der zugrundeliegende Bewilligungsbescheid zurückgenommen bzw. widerrufen worden ist, und Zinsen gemäß den bei Fälligkeit dieses Anspruches geltenden Bestimmungen des § 49a VwVfG bzw. der VV zu § 44 LHO zu erheben.

Wir behalten uns vor, bei Vorliegen der zu 1) bis 4) genannten Sachverhalte vor einer möglichen Rücknahme bzw. einem Widerruf des Bewilligungsbescheides Auszahlungen einstweilen einzustellen.

V. Bestimmungen für den Zuschuss

Eine Inanspruchnahme der Fördermittel ist nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel möglich.

Der Zuschuss wird in den nach Haushaltsjahren aufgegliederten Jahresscheiben ausgezahlt.

Soweit in den einzelnen Haushaltsjahren ausreichende Mittel des Bundes und/oder des Landes nicht zur Verfügung gestellt werden können, behalte ich mir vor, die Bewilligung ganz oder teilweise zurückzuziehen.

VI. Allgemeine Bestimmungen

1. Der Förderantrag, die Baupläne und die Baubeschreibung, die dem Förderantrag beigelegt wurden, sind Grundlage für die Förderung; ohne unsere vorherige Zustimmung darf hiervon nicht abgewichen werden.
2. Mit den Bauarbeiten ist unverzüglich, innerhalb von drei Monaten nach Bestandskraft des Bewilligungsbescheides zu beginnen. Es ist ein Baubuch zu führen. Der Beginn der Bauarbeiten ist unverzüglich dem Bauverwaltungsamt Dessau-Roßlau anzuzeigen.
3. Die Zuwendung ist innerhalb von 2 Monaten nach Zahlungseingang der Fördermittel im Rahmen des Zuwendungszweckes einzusetzen.
4. Die Maßnahme muss spätestens 24 Monate nach Zugang des Bewilligungsbescheides abgeschlossen sein. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann die Bewilligungsbehörde auf Antrag durch Bescheid abweichende Bestimmungen zu den vorgenannten Fristen treffen.
Die Fertigstellung ist dem Bauverwaltungsamt Dessau-Roßlau unverzüglich anzuzeigen.
5. Dem Bauverwaltungsamt Dessau-Roßlau ist bis zum Ablauf von drei Monaten nach Abschluss der Bauarbeiten die Schlussrechnung vorzulegen. Der Verwendungsnachweis ist durch Vorlage einer detaillierten nachprüfaren Rechnungs- und Finanzierungsdokumentation zu führen. Die Frist kann auf Antrag verlängert werden, wenn der Antragsteller erhebliche Gründe darlegt. Eine Nachbewilligung von Fördermitteln ist nicht möglich.
6. Die in dem Förderungsantrag dargelegte Finanzierung ist Grundlage für die Bewilligung der Fördermittel. Sie darf nur mit unserer Zustimmung geändert werden. Etwaige Mehrkosten sind aus eigenen Mitteln oder Fremdmitteln zu finanzieren. Eine Erhöhung der Fördermittel ist ausgeschlossen. Bleiben die zuwendungsfähigen Gesamtkosten hinter den bei der Bewilligung zugrunde gelegten zurück, so können die Fördermittel angemessen gekürzt werden; ein entsprechender Teilwideruf des Bewilligungsbescheides bleibt vorbehalten.

7. Wir sind berechtigt, die Bestimmungen über die Auszahlung jederzeit zu ändern oder noch auszuzahlende Zuschussraten mit eigenen Forderungen gegen Sie bzw. Ihre Rechtsnachfolger aufzurechnen.

VII . Auszahlung des Zuschusses

Die Auszahlung der Zuwendung setzt die Bestandskraft des Bewilligungsbescheides sowie die Vorlage der Vergabeunterlagen (Submissionsprotokoll) voraus.

Der Zuschuss wird auf Abforderung durch den Antragsteller ausgezahlt, wenn die Zuwendung voraussichtlich innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszweckes benötigt wird.

Es bleibt vorbehalten, die Auszahlung von der Vorlage weiterer Nachweise bzw. von der Erfüllung weiterer Auflagen – auch über die in Abschnitt VII. genannten hinaus – abhängig zu machen.

VIII. Nebenbestimmungen, Auflagen und Hinweise:

a) Allgemeine Nebenbestimmungen / Auflagen

1. Sie oder Ihr(e) Rechtsnachfolger sind verpflichtet, uns unverzüglich Änderungen von den Tatsachen mitzuteilen, die für die Beurteilung der Förderungswürdigkeit des Vorhabens von Bedeutung waren.
2. Sie oder Ihr(e) Rechtsnachfolger haben unsere vorherige Zustimmung einzuholen, soweit die Bauarbeiten abweichend von den der Bewilligung zugrundeliegenden Plänen, Baubeschreibungen und sonstigen Unterlagen durchgeführt werden sollen.
3. Die Bauarbeiten sind innerhalb der festgesetzten Frist abzuschließen und die geforderte Schlussrechnung vollständig und fristgemäß einzureichen (vgl. Abschnitt V Ziffer 2 bis 5).
4. In diesem Bescheid geforderten Mitteilungen und Anzeigen sind vollständig und fristgerecht zu erstatten.
5. Mit den Baumaßnahmen darf ohne unsere ausdrückliche Genehmigung vor Erteilung dieses Bescheides nicht begonnen worden sein.

b) besondere Nebenbestimmungen / Auflagen und Hinweise

1. Im Falle der Veräußerung der im Projekt bezeichneten Objekte bedarf die Übernahme der Fördermittel durch den Rechtsnachfolger der Zustimmung der Stadt Dessau oder der Bewilligungsstelle.
2. Dem Bauverwaltungsamt der Stadt Dessau-Roßlau sind jeweils bis zum 31.01. jährliche Zwischenverwendungsnachweise für das vorausgegangene Haushaltsjahr vorzulegen.

VII. Subventionserhebliche Tatsachen (gilt nur für Unternehmen und Betriebe)

Der Zuschuss ist eine Subvention i. S. des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und des §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) vom 29.07.1976 sowie das Subventionsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 09.10.1992. Für die Gewährung von Zuwendungen für die Aufwertung von Stadtteilen/ Stadtquartieren in nach Stadtentwicklungskonzepten umzustrukturierenden Stadtteilen/Stadtquartieren mit vorrangiger Priorität gelten die in Abschnitt II. genannten Richtlinien. Die Tatsachen, von denen danach die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Subvention bzw. Subventionsvorteile abhängig sind, sind subventionserhebliche Tatsachen.

Rechtsbehelf:

Dieser Bescheid ist rechtsbehelfsfähig. Sofern Sie sich schriftlich mit dem Inhalt dieses Bescheides einverstanden erklären und damit auf die Einlegung eines Rechtsbehelfes verzichten, wird dieser Bescheid mit dem Eingang Ihrer Erklärung wirksam.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist bei der Stadt Dessau-Roßlau, Bauverwaltungsamt, Wohnungsbauförderung, Zerbster Str. 4, 06844 Dessau-Roßlau, schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Klemens Koschig
Oberbürgermeister

Anlagen:

Rechtsbehelfsverzicht
ANBest-P
Formblätter Verwendungsnachweis